

Rüdiger Hachtmann

Im Spannungsfeld zwischen Staat und Wissenschaft. Die
Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1082>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, Im Spannungsfeld zwischen Staat und Wissenschaft.
Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus,
in: Jenseits von Humboldt. Wissenschaft im Staat 1850-1990, herausgegeben
von Axel C. Hüntelmann und Michael C. Schneider, Peter Lang Frankfurt am
Main, 2010, S. 87-102

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: [<redaktion@zeitgeschichte-digital.de>](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)

Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (2010), Im Spannungsfeld zwischen Staat und Wissenschaft. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1082>

Ursprünglich erschienen als Rüdiger Hachtmann, Im Spannungsfeld zwischen Staat und Wissenschaft. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, in: Jenseits von Humboldt. Wissenschaft im Staat 1850-1990, herausgegeben von Axel C. Hüntelmann und Michael C. Schneider, Peter Lang Frankfurt am Main, 2010, S. 87-102

***Berliner Beiträge
zur Wissens- und Wissenschaftsgeschichte***

Begründet von Wolfgang Höppner

Herausgegeben von Lutz Danneberg
und Ralf Klausnitzer

Band 13



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Axel C. Hüntelmann / Michael C. Schneider (Hrsg.)

Jenseits von Humboldt

Wissenschaft im Staat 1850–1990



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung:

Olaf Glöckler, Atelier Platen, Friedberg

Gedruckt auf alterungsbeständigem,
säurefreiem Papier.

ISSN 1867-920X

ISBN 978-3-631-57629-8

© Peter Lang GmbH

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2010

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des

Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für

Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

Inhalt

AXEL C. HÜNTELMANN/MICHAEL C. SCHNEIDER

Einleitung. Wissenschaft im Staat jenseits von Humboldt 1850-1990.....	9
--	---

Sektion I

Die Bandbreite staatlicher wissenschaftlicher Institutionen

ULRIKE THOMS

Ressortforschung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert. Das Beispiel der Reichs- und Bundesanstalten im Bereich der Ernährung.....	27
---	----

ULRICH PFEIL

Die Gründung des <i>Deutschen Historischen Instituts</i> in Paris im Jahre 1958.....	49
--	----

WILFRIED RUDLOFF

Der verlängerte Arm der Kultusministerien in der Bildungsforschung. Die staatsnahen Bildungsforschungsinstitute in den 1960er und 1970er Jahren.....	61
---	----

Sektion II

Die Wissenschaft koordinierende staatsnahe Institutionen

RÜDIGER HACHTMANN

Im Spannungsfeld zwischen Staat und Wissenschaft. Die <i>Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft</i> im Nationalsozialismus.....	87
---	----

ALEXANDER VON SCHWERIN

Die <i>Deutsche Atomkommission</i> . Eine biopolitische Institution der frühen Bundesrepublik und die Naturalisierung der Risikopolitik	103
--	-----

CHRISTOPH NENSA

Die <i>Alexander von Humboldt-Stiftung</i> . Wissenschaftleraustausch im Spannungsfeld von Staat und Wissenschaft.....	117
---	-----

MARION A. HULVERSCHEIDT

Internationale Forschungslenkung. Malariaforschung im Rahmen des Malaria Eradication Programme der <i>World Health Organization</i> 1955-1972.....	133
---	-----

Inhalt

Sektion III
Militärische Forschungsinstitutionen

HEINRICH HARTMANN

Die Produktion der Wehrbevölkerung.
Militärmedizin und Demografie in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg..... 149

JOHANNES PLATZ

Die Entwicklung der Wehrpsychologie in Deutschland von 1914-1945 und
die über die Entwicklung geführte Auseinandersetzung in der Nachkriegszeit..... 165

Sektion IV
Staatsnahe lebenswissenschaftliche Forschungsinstitutionen

AXEL C. HÜNTELMANN

Eigenartige Sonderstellung in der Welt. Das *Königlich Preussische Institut für
Experimentelle Therapie* und das *Georg Speyer-Haus* im Deutschen Kaiserreich..... 189

HEINER FANGERAU

Private Wissenschaft und staatliches Interesse? Forschung am
Rockefeller Institute for Medical Research zwischen 1901 und 1925..... 217

GABRIELE MOSER

Wissenschaft, Forschungsplanung und unsichtbarer Staat.
Deutsche Krebsforschung vor und nach 1945 und die
Vorgeschichte des *Deutschen Krebsforschungszentrums* 233

Sektion V
Staat und Statistik

NELE BRACKE

For State and Society?
The production of official statistics in 19th-century Belgium..... 257

MICHAEL C. SCHNEIDER

Das *Preussische Statistische Bureau* in der zweiten Hälfte
des 19. Jahrhunderts als Organisation der Wissensproduktion..... 269

Sektion VI
Wissenschaft und Staat in der DDR

TOBIAS KAISER

Staat und Wissenschaft in der DDR. Zu den Organisationsformen von Forschung und Wissenschaft in einer modernen Diktatur	287
--	-----

JOHANNES RASCHKA

Absolventenproduktion für die staatliche Planökonomie. Die Gründung von Spezialhochschulen in der DDR in den 1950er Jahren	301
---	-----

RÜDIGER STUTZ

Großforschung im Staatssozialismus. Plan und Scheitern des Jenaer Kooperationsverbundes <i>Wissenschaftlicher Gerätebau</i> , 1968/1971	319
--	-----

Sektion VII
Wissen, Wissenschaft, Wissensgesellschaft

VERENA WITTE

Das produktive Potential der Wissensgesellschaft. Überlegungen zur Historisierung eines soziologischen Begriffs	339
--	-----

Danksagung	353
------------------	-----

Autorenverzeichnis	355
--------------------------	-----

Im Spannungsfeld zwischen Staat und Wissenschaft

Die *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* im Nationalsozialismus

RÜDIGER HACHTMANN

»Staat« und »Wissenschaft«, die beiden Zentralkategorien des Titels dieses Aufsatzes, scheinen auf den ersten Blick eindeutig. Sie sind es jedoch keineswegs. Bevor auf die *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* (KWG) und ihre Geschichte während des »Dritten Reiches« eingegangen werden kann, soll deshalb zunächst in groben Zügen geklärt werden, was die Begriffe »Staat« und »Wissenschaft« während der NS-Zeit bedeuteten.

Zunächst zur Kategorie »Wissenschaft«. »Wissenschaft« und ebenso »Forschung« sind als Oberbegriffe weit gefaßt und zielen auf Unterschiedliches. Zudem machten die Einzeldisziplinen gerade während der NS-Zeit – aber keineswegs nur in dieser Epoche – sehr unterschiedliche Entwicklungen durch. Mit Blick nicht zuletzt auf das Verhältnis von Staat und Wissenschaften ergeben sich gravierende Differenzen, je nachdem, ob man die Geistes- und Sozialwissenschaften, auf die biologisch-medizinischen Disziplinen, auf die Ersatzstoff-Forschung und die Technikwissenschaften, die Agrarwissenschaften oder schließlich auf die naturwissenschaftliche »Grundlagenforschung« in den Blick nimmt. Und auch die jeweilige Annäherung oder -ferne – die Spannweite zwischen »Grundlagenforschung«¹ einerseits und unmittelbar auf Kapitalverwertungsinteressen oder neue Waffen gepolte Industrie- bzw. Heeresforschung andererseits – spielt eine wichtige Rolle bei der Frage, ob der Staat bzw. bestimmte staatliche Institutionen oder auch »private« Institu-

1 Der Begriff »Grundlagenforschung« wird hier aus drei Gründen in Anführungszeichen gesetzt: Zum einen kann als »Grundlagenforschung« apostrophierte Forschung durchaus unmittelbar in – zudem militärisch relevante – Anwendung münden, vgl. exemplarisch für die deutsche Aerodynamik ab 1933 Moritz Eppler, Rechnen, Messen, Führen. Kriegsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Strömungsforschung, in: Helmut Maier (Hg.), Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002, S. 305-356. Zum anderen ist der Begriff »Grundlagenforschung« – der hier zentral ist, weil die im folgenden thematisierte KWG als Zentrum der reichsdeutschen Grundlagenforschung galt – keineswegs so eindeutig, wie er auf den ersten Blick zu sein scheint, sondern in vielerlei Hinsicht bedeutungs offen, siehe ausführlich Rüdiger Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«. Die Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Göttingen 2007, Bd. 1, S. 52 ff. Hinzu kommt die nach 1945 verbreitete exkulpatorische Verwendung des Begriffes »Grundlagenforschung«, nämlich die Suggestion, dass jene, also die nicht unmittelbar auf Anwendung orientierte, »reine Wissenschaft« während der NS-Herrschaft a priori politisch unschuldig geblieben sei. Es nimmt vor diesem Hintergrund nicht wunder, daß der Terminus »Grundlagenforschung« deshalb inflationär erst nach 1945 Verwendung fand – und dies oft durch Personen, die ihrerseits in das NS-Wissenschaftssystem heillos verstrickt waren, ebd., Bd. 2, S. 1159-1168 (und die dort genannte Literatur). Die NS-Wissenschaftsgeschichte hat diese oft künstliche und häufig exkulpatorische Zweiteilung in »angewandte« und »Grundlagenforschung« bis vor kurzem meist unkritisch übernommen.

tionen wie die Industrie sich wissenschaftsfreundlich gerierten oder eher desinteressiert waren und der Forschung kaum Ressourcen zur Verfügung stellten.

Betrachtet man die Wissenschaftsdisziplinen separat, ergibt sich ein differenziertes Bild: Die Geistes-, Sozial- und Rechtswissenschaften wurden während der NS-Zeit weitgehend vernachlässigt, sofern es sich nicht um politisch funktionale Felder wie die »Raumplanung« oder eine rassistisch aufgeladene »Volksgeschichte« handelte. Die medizinisch-biologisch-rassistischen Wissenschaftsdisziplinen (Eugenik, Anthropologie usw.) erfreuten sich anfangs einer erheblichen materiellen Förderung, allerdings nur bis in die zweite Hälfte der 1930er Jahre. Demgegenüber wurden die Technik- und Naturwissenschaften, einschließlich der Ersatzstoff-Forschung und der Agrarwissenschaften, von Anbeginn bzw. spätestens seit 1936/1937 bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft gezielt gefördert.² Hinter dieser Privilegierung der technik- und naturwissenschaftlichen Fachdisziplinen – die selbstverständlich kein spezifisches Signum der NS-Epoche, sondern ein generelles Charakteristikum einer auf »Verwertung« drängenden »Moderne« ist – stand die triviale Einsicht, dass es neben moderner Wirtschaft und moderner Technik auch Wissenschaften bedarf, die auf der Höhe der Zeit stehen, um erfolgreich Kriege führen zu können.

Wichtig in diesem Kontext ist außerdem, dass die Nationalsozialisten zwar antiintellektuell, deshalb jedoch keineswegs wissenschaftsfeindlich waren. Die dahinter stehende Haltung, also die Hofierung wissenschaftlicher Fachleute durch die Nationalsozialisten und gleichzeitig ein scharfer Antiintellektualismus, nämlich die strikte Ablehnung öffentlicher Diskussionen auf Basis eines breit gefächerten politischen Spektrums (und sei es nur innerhalb der Rechten), war nicht abstrus und widersprüchlich, sondern logisch: Die Nationalsozialisten wollten den »Experten«, den – scheinbar – unpolitischen Techniker oder Wissenschaftler, der sich bereitwillig für die Ziele des NS-Regimes engagierte, sich jedoch nicht an politischen Debatten beteiligte. Politische Diskussionen und Kontroversen, die es während des »Dritten Reiches« durchaus gab, hatten ein Monopol »Alter Kämpfer« und führten der NS-Funktionsträger, eine Binnenkontroverse der einschlägigen nationalsozialistischen Ideologen zu sein. Dass das NS-Regime zwar intellektuellen- aber nicht wissenschaftsfeindlich war, spielte auch für die Politik der KWG ab 1933 eine zentrale Rolle; auf diesen Aspekt wird deshalb noch zurückzukommen sein.

Die Frage, wie der Nationalsozialismus mit »Wissenschaft« umging, entzieht sich mithin pauschalen und vor allem apodiktisch negativen Antworten. Noch komplizierter ist die Frage, was in den Jahren zwischen 1933 und 1945 eigentlich unter »Staat« zu verstehen ist. Historiker wie Hans Mommsen oder Hans-Ulrich Wehler sprechen gern von einem »fortschreitenden Effizienzverlust des Regimes«, »rückläufiger Steuerung«, »fehlender Korrekturen«, »fehlender Koordination«, »parasitä-

² Insbesondere die neuere Forschung lässt diesen Tatbestand deutlich hervortreten, vgl. Rüdiger Hachtmann, Wissenschaftsgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte 48 (2008), S. 539-606.

rer Zersetzung«, »Systemverfall«, »progressiver Aufsplitterung des Regimes« und Auflösung vormals funktionsfähiger, bürokratisch organisierter staatlicher Strukturen.³ Ich halte diese Position für falsch; sie ist eine Nebelkerze, weil sie die irritierende Tatsache ignoriert, dass das NS-Regime von Anbeginn und insbesondere in Kriegzeiten zu einer immer barbarischeren Effizienz aufstieg und eine erstaunliche, im Nachhinein bedrückende Mobilisierungskraft entwickelte, die es erlaubte, über lange Jahre gegen überlegene Gegner Krieg zu führen. Dem NS-Regime die Eigenschaft eines »Staates« abzusprechen, heißt, »von einem normativ, also positiv aufgeladenen Staatsverständnis auszugehen – sei es nun der bürokratische Anstaltsstaat Weber'scher Couleur oder der liberale Verfassungs- und Rechtsstaat. Beides sind jedoch nur Sonderformen von »Staat«; das NS-Regime bildete eine andere Form von Staatlichkeit aus. Auf das NS-Herrschaftssystem kann hier nicht ausführlicher eingegangen werden; vier Punkte sind im vorliegenden Zusammenhang jedoch anzusprechen:

Erstens verschwand der klassische Verwaltungsstaat nicht einfach. Auf den mittleren und unteren Ebenen, also im Regional- und Kommunalbereich, blieb er weitgehend erhalten. Im poliüschen Alltag hielten die Verwaltungen zusammen, was an den Spitzen gleichsam polykratisch auseinanderstrebt. Dass sich die politische Praxis unter den ideologischen, insbesondere den rassistischen Prämissen des NS-Regimes wandelte, ist unbestritten, ändert jedoch nichts daran, dass die Verwaltungen zum politisch-strukturellen Kitt der charismatischen NS-Polykratie wurden.⁴ Verwaltungen sind ohnehin mehr Form als politische oder ethische Substanz. Das-

-
- 3 Hans Mommsen, Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung, in: Walter H. Pehle (Hg.), *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen*, Frankfurt am Main 1990, S. 31-46, hier S. 32 f., 40, 44 f.; Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd.4: 1914-1949, München 2003, S. 905. Von »Zersetzung« oder »Auflösung« einer »einheitlichen Staatsverwaltung« im pejorativen Sinn spricht auch Martin Broszat, *Hitlers Staat*; S. 379, 438 ff. Zur Kritik an dieser Position vgl. Rüdiger Hachtmann/Winfried Süß, *Kommissare im NS-Herrschaftssystem. Probleme und Perspektiven der Forschung*, in: dies. (Hg.), *Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur*, Göttingen 2006, S. 9-27; Rüdiger Hachtmann, »Neue Staatlichkeit« im NS-System – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihrer Anwendung auf die mittlere Ebene der Gaue, in: Jürgen John/Horst Möller (Hg.), *Die NS-Gaue – regionale Mittelinstanzen im zentralistischen »Führerstaat«*? München 2007, S. 22-55, besonders S. 56 f.
- 4 Zur Klammerfunktion der kommunalen Verwaltungen Bernhard Gotto, *Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945*, München 2006, S. 428 ff.; ders., *Polykratische Selbststabilisierung. Mittel- und Unterinstanzen in der NS-Diktatur*, in: Hachtmann/Süß (Hg.), *Hitlers Kommissare*, S. 28-50, hier S. 47 ff. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die polykratischen Säulen der NS-Herrschaft auch auf der Ebene der Mittelinstanzen (»Gaue«) und der Reichsebene keineswegs unverbunden nebeneinander standen; sie waren durch vielfältige, eher informelle Kommunikationsgremien und – im Vergleich etwa zu parlamentarischen Demokratien – durch ganz andere Politik-Orte miteinander verklammert, vgl. Martin Moll, *Steuerungsinstrument im »Ämterchaos«? Die Tagungen der Reichs- und Gauleiter der NSDAP*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 49 (2001), S. 215-273; Hachtmann, »Neue Staatlichkeit«, S. 73-79.

selbe gilt auch für Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsmanagement. Darauf ist noch zurückzukommen.

Zweitens waren die Sonderbeauftragten, die seit 1933/1934 in immer rascherer Folge eingesetzt wurden, keineswegs allein oder auch nur in erster Linie Ausdruck eines »Prozesses fortschreitenden Staatsauflösung«, weil sie die »Regierungseinheit und das Regierungsmonopol des Reichskabinetts in Frage stellten«, wie etwa Dieter Rebentisch behauptet hat.⁵ Nicht zuletzt die Implementierung von Generalbevollmächtigten und -inspektoren, von Reichskommissaren und Sonderbeauftragten befähigte das Regime in einem politischen, wirtschaftlichen und militärischen Umfeld, das sich zunehmend schneller veränderte, immer wieder neu zur Mobilisierung gesellschaftlicher Energien und ökonomischer Ressourcen.

Die These vom Staatsverfall und von der gleichsam »räuberischen« Aneignung von Kompetenzen durch Sonderkommissare zu Lasten der traditionellen Verwaltungen suggeriert zudem eine Art machtpolitisches Nullsummenspiel. Sie unterstellt, dass ein konstantes Quantum an Kompetenzen und Machtressourcen lediglich von alten auf neue Instanzen umverteilt worden sei.⁶ Tatsächlich verkennt eine solche Prämisse, dass seit 1933 mit der zunehmenden »Durchherrschaft« der deutschen Gesellschaft und der Expansion des »Dritten Reiches« zahlreiche neue Herrschaftsräume entstanden. Die neue, nationalsozialistische Form von Staatlichkeit, die aus der Verschmelzung von »altem Staat« und »der Partei« bzw. der überaus heterogenen NS-Bewegung entstand, expandierte immer rascher – was an sich nicht verwunderlich ist, da in modernen Kriegen Staaten immer stärker auf allen ökonomischen und gesellschaftlichen Ebenen intervenieren und regulieren, und die NS-Zeit von Wirtschaftshistorikern mit guten Gründen seit spätestens 1936 als »Kriegswirtschaft in Friedenszeiten« bezeichnet wurde. Je stärker Kriegsvorbereitung und Krieg alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrangen, desto mehr blähte sich der NS-Staat auf; dass diese Tendenz durch den handlungsleitenden Rassismus und Repression auf allen Ebenen zusätzlich massiv forciert wurde, muss hier nicht weiter erläutert werden. Erst in den letzten Kriegsmonaten mit dem völligen Zusammenbruch des Deutschen Reiches implodierte auch diese neue Staatlichkeit des NS-Regimes.

Drittens sei angeführt, dass in der NS-Forschung nicht selten polykratische NS-Herrschaft simplifizierend mit »Institutionenwirrwarr« und »Kompetenzenkonkurrenz« gleichgesetzt wird. »Institutionenvielfalt« und ebenso »Kompetenzenkonkurrenz« waren an sich jedoch kein Spezifikum des NS-Systems. Sie charakterisierten ebenso bereits das wilhelminische Kaiserreich und die Weimarer Republik, allein aufgrund ihrer föderalen Struktur, auch und gerade in der Wissenschaftspolitik. Den Zeitgenossen war dies durchaus bewusst. So beklagte z.B. der einflussreiche

5 Vgl. Dieter Rebentisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945*, Stuttgart 1989, S. 362.

6 Zur Kritik der These einer »Machtsummenkonstanz« Niklas Luhmann, *Legitimation durch Verfahren*, 2. Aufl., Darmstadt 1975, S. 176 f.; ders., *Funktionen und Folgen formaler Organisation*, 3. Aufl., Berlin 1976, S. 384 f.

erste Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts (KWI) für Züchtungsforschung Erwin Baur in einer renommierten bürgerlichen Zeitung Mitte 1930 bitter das »Wirrwar und die Planlosigkeit auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Forschung«.⁷

Auch Sonderbeauftragte gab es bereits in der Weimarer Republik zuhauf. Die seit 1933 neu installierten Sonderkommissare und Reichsinspektoren markieren eher die oben angedeutete stetige Ausweitung von Staatlichkeit während der NS-Zeit. Daneben unternahm das NS-Regime zahlreiche Versuche, die 1933 bestehende polykratische Institutionenvielfalt zu reduzieren und nicht zuletzt die föderale Zersplitterung staatlicher Kompetenzen aufzuheben (»Verreichlichung«); der »Reichsminister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung« ist für diesen – der Implementierung immer neuer Sondergewalten nur scheinbar entgegenstehenden Trend – ein prominentes, jedoch keineswegs das einzige Beispiel.

NS-typisch waren also nicht Institutionenvielfalt und Kompetenzenkonkurrenz. NS-typisch war vielmehr das sozialdarwinistisch aufgeladene Gerangel einer rapide wachsenden Zahl von politischen Institutionen um Macht und Einfluss, ein Gerangel, das für die beteiligten Einrichtungen existentiellen Charakter besaß und die Ausbildung festgefügtter staatlicher Strukturen nicht zuließ, mithin auch die allgemeine Dynamik des NS-Regimes und NS-Systems erklärt. NS-typisch war außerdem, dass »Politik« in anderen Formen und an anderen Orten stattfand. Dazu hier nur kurze Bemerkungen: Die Hitler-Diktatur trug ausgeprägte Züge eines »personalisierten Herrschaftsverbandes«.⁸ Sie war infolgedessen durch eine starke »Personalisierung der Politik« gekennzeichnet, das heißt, dass einzelne Personen, meist alte Gefolgsleute Hitlers wie Hermann Göring, Bernhard Rust (und in seinem Gefolge Rudolf Mentzel), Richard Walther Darré bzw. Herbert Backe, Fritz Todt, Heinrich Himmler, Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg, Wilhelm Frick, Fritz Sauckel, Robert Ley usw., oder später aufgestiegene Paladine wie Albert Speer und Karl Brandt Ministerien und die sonstigen staatlichen sowie quasi-staatlichen Institutionen personifizierten. Als tragendes Element der NS-Herrschaftsstruktur drückten »Personalisierung der Politik« und Verzicht auf obsolet gewordene traditionelle Amtswege auch der Wissenschaftspolitik und dem Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«, in unserem Fall also dem Handeln der KWG und ihrer Generalverwaltung, den Stempel auf.

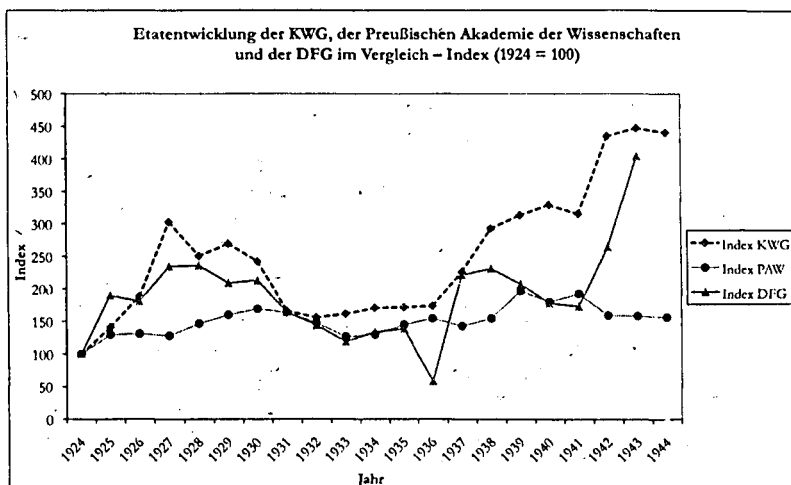
7 Erwin Baur, Sparen durch Wissenschaft. Ausgaben, die hundertfache Zinsen tragen, in: *Vossische Zeitung* vom 29.7.1930. Eine ausgeprägte staatliche Institutionenvielfalt und heftige Kompetenzkonkurrenz, »typische Rivalitäten zwischen einzelnen Ressorts um politischen Einfluß«, die manche »erfolgsversprechende Initiative von Beginn an zum Scheitern verurteilt« habe, konstatiert Trischler auch für die Bundesrepublik, vgl. Helmuth Trischler, *Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1900-1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft*, Frankfurt am Main 1992, S. 325. Michael Burleigh, *Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung*, Frankfurt am Main 2000, S. 187 f. macht polykratische Strukturen zu einem Merkmal moderner Gesellschaften überhaupt.

8 Vgl. Rebutisch, *Führerstaat*, S. 35, 538, 549.

Folge dieser »Personalisierung der Politik« war, dass seit 1933 die klassisch-staatliche, d.h. relativ strikt formalisierte, »bürokratische« Verwaltung mit klaren administrativen Wegen und eingespielten Verwaltungstechniken an Bedeutung verlor, zugunsten einer stärkeren Informalisierung der Politik, die sich überdies in ihren Regeln grundlegend änderte. Die bis 1933 üblichen, seit langem eingespielten »Kanäle« verloren an Bedeutung. Networking, das Knüpfen neuer und das Festzurren alter Netzwerke, rückte für die Generalverwaltung der KWG noch stärker ins Zentrum als vor 1933.

Mit der zunehmenden Außerkraftsetzung formeller (klassisch-bürokratischer) Regeln und der Implementierung einer permanenten, sozialdarwinistisch aufgeladenen Konkurrenz um Kompetenzen und Ressourcen waren eine bestimmte Laufzeit einmal geschlossener Vereinbarungen oder auch die Sicherheit, einmal errungene Befugnisse und Machtpositionen dauerhaft zu besitzen, nicht mehr gewährleistet. Die Akteure mussten ständig bemüht sein, einmal erreichte Positionen zu halten und (aus einer Art Selbsterhaltungstrieb heraus) nach Möglichkeit auszubauen. Aufgrund eines sich in ständiger Bewegung befindlichen polykratischen Machtgefüges taten sich Chancen auf oder eröffneten sich manchmal ziemlich plötzlich neue Spielräume, die die Akteure zugunsten der eigenen Institution nutzen konnten.

Mit Blick auf die Wissenschaftsinstitutionen während der NS-Zeit hieß dies, dass vor allem diejenige Forschungseinrichtung bei der Einwerbung finanzieller Mittel, der Gründung neuer Institute und der Expansion in neue Wissenschaftsfelder erfolgreich war, die sich besonders elastisch und effizient die neuen Politikformen zunutze machte und an den Orten, wo politische Entscheidungen getroffen und Ressourcen verteilt wurden, präsent war. In welchen Dimensionen es der KWG, und hier wiederum vor allem ihrer Generalverwaltung, gelang, materielle Ressourcen zu mobilisieren, zeigt der Vergleich mit zwei anderen prominenten Wissenschaftsinstitutionen: mit der *Notgemeinschaft Deutscher Forschung* bzw. der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG) sowie mit der *Preussischen Akademie der Wissenschaften* (vgl. Abb. 1).



Quelle: Wolfram Fischer u.a., *Die Berliner Akademie in Republik und Diktatur*, in: ders. (Hg.), *Die Preussische Akademie zu Berlin 1914-1945*, Berlin 2000, S. 533; sowie Hachmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, S. 1276-1280 (Tabelle 2.9).

Zunächst der Vergleich der Etats der DFG und der KWG: Während der Wirtschaftskrise 1931 hatte der Etat der DFG um knapp fünf Prozent über dem der KWG gelegen. Seit 1933 drehte sich dieses Verhältnis um. 1938 lag der KWG-Haushalt um knapp zwanzig Prozent, 1942 sogar um mehr als fünfzig Prozent über dem Haushalt der DFG – obwohl seit 1936 mit Rudolf Mentzel einer der einflussreichsten Wissenschaftspolitikern des »Dritten Reiches« an der Spitze der DFG stand und die DFG gleichsam als Geldverteilungsstelle des Anfang 1937 gegründeten *Reichsforschungsrates* (RFR) enorme Wachstumsraten zu verzeichnen hatte. Der RFR sollte die kriegsrelevante Forschung außerhalb der Wehrmachtsteile reichsweit koordinieren, war jedoch keine eigenständige Rechtsperson und musste deshalb auf die DFG als Hauskasse zurückgreifen. Mitte 1942 wurde der RFR als zentrales wissenschaftliches Lenkungsorgan reorganisiert – auf die maßgebliche Initiative des Großindustriellen und KWG-Präsidenten Albert Vögler hin – und mit zusätzlichen finanziellen Ressourcen ausgestattet.⁹ Die Zuwendungen an die KWG übertrafen dennoch selbst in den letzten Kriegsjahren die der DFG.¹⁰ Die Einnahmen der *Preussischen Akademie der Wissenschaften* schließlich blieben demgegenüber ausgespro-

9 Zum RFR vgl. die bahnbrechenden Studie von Sören Flachowsky, *Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg*, Stuttgart 2008.

10 Diese Feststellung bezieht sich auf den laufenden Etat. Nicht berücksichtigt wurde, dass der Reichsforschungsrat ab 1943 außerdem über einen »Sonderfonds des Reichsmarschalls« Göring von 50 Mio. RM verfügte, ebd., S. 386 ff.

chen bescheiden; ihr Etat dümpelte während des »Dritten Reiches« auf dem niedrigsten Niveau vor sich hin, da das NS-Regime kein echtes Interesse besaß, die von der Akademie betriebenen, vor allem geisteswissenschaftlichen Großprojekte gezielt zu fördern.¹¹

Aufschlußreich ist Abb. 1 aber auch, wenn man nur die Kurve, die die Etatentwicklung der KWG anzeigt, in den Blick nimmt: Danach datiert der Beginn des steilen Aufschwungs der KWG auf das Jahr 1936. Mithin stellt sich die Frage, warum die 1911 als Spitzenorganisation der preußisch-deutschen Natur- und Technikwissenschaften gegründete KWG zwischen 1933 und 1936 bei der Einwerbung von Geldmitteln so relativ erfolglos blieb.

Die relative Stagnation der staatlichen wie nicht-staatlichen Zuwendungen an die KWG ist nicht darauf zurückzuführen, dass die Wissenschaftsverwaltung etwa nicht professionell gewesen wäre. Die Generaldirektion unter Friedrich Glum mit ihren Anfang der 1930er Jahre etwa zwanzig Angestellten war vielmehr im deutschsprachigen Raum auf eine einzigartige Weise professionell. Sie praktizierte seit Mitte der 1920er Jahre eine für Forschungseinrichtungen ausgesprochen zukunftsweisende Öffentlichkeitsarbeit, die neben regelmäßigen Pressemitteilungen und -konferenzen etwa die systematische Evaluierung der Resonanz der KWG-Projekte in den Print- wie Rundfunk-Medien, eine präzise Vorbereitung von Rundfunkinterviews wie überhaupt die gezielte Ansprache von Wissenschaftsjournalisten, vor allem der einschlägig renommierten bürgerlichen Blätter, und eine geschickte Platzierung von eigenen Artikeln oder die Organisation von Pressekampagnen und die öffentlichkeitswirksame Präsentation eigener Projekte und Aktivitäten einschloß.

Darüber hinaus band man seit der Gründung der KWG die einflussreiche Prominenz aus der Politik und vor allem aus der Wirtschaft auf der Reichs- wie auf der Regionalebene an die KWG, indem man sie in den Verwaltungsausschuss oder den Senat kooptierte oder mit einer prestigeträchtigen Fördernden Mitgliedschaft bedachte. Namen wie Gustav Krupp, Carl Friedrich von Siemens, Fritz Thyssen, Albert Vögler, Friedrich Springorum, Paul Reusch, Franz von Mendelssohn, Friedrich Saemisch, Hjalmar Schacht, Hermann Röchling und viele andere sagen hier genug. Kaum jemand fehlte, der in der Weimarer Republik Rang und Namen hatte. Die meisten von ihnen setzten sich zudem überaus aktiv für die KWG ein. Das dahinter stehende, für die KWG maßgebliche Politikprinzip habe ich »Die KWG verhandelt mit sich selbst« genannt, d.h., wenn der Präsident und die Generalver-

11 Die Etatentwicklungen der *Preussischen Akademie der Wissenschaften* und der DFG sind selbstredend nicht die einzigen möglichen Vergleichsparameter für die materielle Erfolgsgeschichte der KWG. Daneben ließen sich auch z.B. die Jahresetats der *Helmholtz-Gesellschaft* zum Vergleich heranziehen, einer 1920 gegründeten, von Industrieseite großzügig gesponserten Wissenschaftsstiftung; das Ergebnis ist ähnlich: Der Etat der *Helmholtz-Gesellschaft* stieg zwischen 1933 und 1938 um 58 %, der der Gesamt-KWG um 82 %, obwohl die KWG erst ab 1936 starke Steigerungen ihrer Etats zu verbuchen hatte. Zu dem hier nur angeschnittenen Themenkomplex (einschließlich der diffizilen methodischen Probleme) Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, S. 192-203.

waltung der KWG mit den wissenschaftspolitisch Verantwortlichen des Reichs, der Länder oder der Kommunen beispielsweise über finanzielle Zuschüsse oder die Gründung neuer Forschungseinrichtungen verhandelten, dann saßen sie Staatsvertretern gegenüber, die in aller Regel gleichzeitig KWG-Senatoren oder mindestens deren »Fördernde Mitglieder« und der KWG selbstverständlich überaus gewogen waren, Dass diese Verhandlungen für die KWG meist günstig ausfielen, versteht sich von selbst.

Darüber hinaus waren Glum und die anderen führenden Angestellten der Generalverwaltung mit der politischen und wirtschaftlichen Elite der Weimarer Republik auf das engste vernetzt. Sie gehörten – nicht nur aus taktischen Gründen zum Wohle der KWG, sondern auch als »Überzeugungsräter« – allen relevanten rechtselitären Vereinigungen der Weimarer Zeit an, beispielsweise dem *Herrenklub*, der wichtigsten politischen Stütze des Präsidialkabinetts Franz von Papens; der *Nationale Klub*, der Anfang der 1930er Jahre die Verbindungen zwischen traditionellen Eliten und bürgerlichen Nationalsozialisten herstellte und im Vorfeld der »Machtergreifung« eine zentrale Rolle spielte; die berühmte, geheimnisumwobene *Ruhrlade* der Schwerindustrie – die aus Senatoren und Fördernden Mitgliedern der KWG bestand und vor der Glum, auf Einladung von Krupp, Vögler und Thyssen, mehrfach Vorträge hielt; oder der für die Vernetzung der reichsdeutschen Großunternehmer zentrale *Club von Berlin*.¹²

Warum die Generalverwaltung unter Glum, trotz erwiesener Professionalität, von 1933 bis 1936 beim Einwerben von Ressourcen dennoch nicht erfolgreich war, sollen fünf Aspekte verdeutlichen. Erstens äußerten sich Glum und einige seiner Mitstreiter seit Ende der 1920er Jahre öffentlich enthusiastisch über das faschistische Italien unter Mussolini. So erschien von Glum Anfang 1930 ein Buch, in dem er »mit staunender Bewunderung [von der] Macht des faschistischen Geistes« und den »neuen sittlichen Antrieben« schwärmte, die der Faschismus Italien gebracht habe, vom »geistigen Inhalt der faschistischen Idee«, der das gerade Gegenteil der »Kämpfe politischer Cliquen im Parlamentarismus« sei.¹³ Noch bis 1936 hielt Glum öffentliche Vorträge, in denen er für den italienischen Faschismus schwärmte. Demgegenüber hatte sich Glum zweitens bis Januar 1933 auf Distanz zu den deutschen Nationalsozialisten gehalten, nicht registrierend, dass das Verhältnis zwischen deutschem und italienischem Faschismus von Konkurrenz und zeitweilig massiven Spannungen geprägt war. Drittens war Glum ausgesprochen publikationswütig und der Meinung, als Vertreter der reaktionären, semifaschistischen

12 Ausführlich Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, S. 153-173; ders., Vernetzung um jeden Preis. Zum politischen Alltagshandeln der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im »Dritten Reich«, in: Helmut Maier (Hg.), *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung im Nationalsozialismus*, Göttingen 2007, S. 77-152, hier S. 98-111, 144-152.

13 Friedrich Glum, *Das geheime Deutschland. Die Aristokratie der demokratischen Gesinnung*, Gräfenhainichen 1930, S. 70.

»Konservativen Revolution« zu allem und jedem politisch Stellung beziehen zu müssen. Schon Anfang der 1930er Jahre hatte er die Hitler-Bewegung zwar mit grundsätzlicher Sympathie betrachtet, ihr jedoch von oben herab »Fehler« attestiert und Mussolini als Vorbild vorgehalten. Auch nach Januar 1933 konnte er seine Kommentierlust nicht zügeln. Es nützte ihm nichts, dass er Hitler und die NS-Bewegung feierte, weil sie binnen kurzem »alle Gewerkschaften und Parteien, auch die der Verbündeten, zerstörten und den totalen Staat aufrichteten« und voller Elan daran gingen, »Deutschland und damit wohl auch Europa von dem asiatischen, uns artfremden Bolschewismus befreit zu haben«. Die Übernahme der politischen Macht durch die Nationalsozialisten sei der lang ersehnte »Durchbruch durch die feindliche Welt undeutschen Geistes, ist der Aufbruch der Nation«.¹⁴ In demselben Artikel der »Berliner Börsen-Zeitung« glaubte Glum freilich erneut, die NS-Bewegung von oben herab kommentieren zu sollen, wenn er erklärte, »daß der Nationalsozialismus [...] noch ein Ideal ist, daß vielleicht auch unter der SA, SS und NSBO [Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation] sich viele befinden, die nicht aus Idealismus, sondern aus Neidinstinkten und Ressentiments zu der Bewegung gestoßen sind«. Glum – so wird deutlich – mochte auch nach der »Machtergreifung« nicht darauf verzichten, sich als Intellektueller zu exponieren. Damit machte er sich unter den Nazis keine Freunde. Dass er sie umschwärmte, spielt keine Rolle: Die Nazis wollten keine Intellektuellen, die ihr Tun schulterklopfend kommentierten.

Ein vierter Grund, der Glums Erfolglosigkeit bei der Einwerbung von Ressourcen erklärt, war, dass ihm die angedeutete enge Einbindung in die alt-elitären Netzwerke nach 1933 wenig nutzte. Der *Herrenklub*, der *Nationale Klub* und ähnliche Vereinigungen spielten seit Sommer 1933 keine Rolle mehr.¹⁵ Fünftens – und das dürfte der entscheidende Punkt gewesen sein – konnte man in der ersten Zeit nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten noch nicht absehen, was für ein politisches System sich unter ihnen entwickeln würde. Die einen, wie z.B. Max Planck oder auch Fritz Haber, hofften auf die Herstellung einer semi-absolutistischen Monarchie (eine Perspektive, die – solange Hindenburg lebte – nicht abwegig war). Andere, wie Friedrich Saemisch, Präsident des Reichsrechnungshofes von 1920 bis 1938, Reichssparkommissar bis 1934 und zugleich eines der einflussreichsten Mitglieder des KWG-Senats, wollten einen autoritären Beamtenstaat nach idealisiertem preußischen Vorbild. Glum schließlich wünschte sich Verhältnisse, wie sie im faschistischen Italien herrschten. Mit dem, was sich dann bis Mitte der 1930er Jahre als politisches System ausbildete, hatte keiner gerechnet. Nicht zuletzt deshalb hatte die KWG Schwierigkeiten, sich auf die neuen Konstellationen einzustellen.

14 Friedrich Glum, Die geistige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 4.10.1933.

15 Nur der *Club von Berlin* als Mittelpunkt des wirtschaftsbürgerlichen Netzwerkes des Deutschen Reiches war weiterhin zentral. Er blieb auch ein wichtiger Knotenpunkt im Netzwerk der KWG, Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, Bd. 1, S. 167 ff. Glum jedoch spielte in dem Club ab 1933 keine Rolle mehr.

Es gab allerdings auch Ausnahmen. Die wichtigsten, neben einflussreichen Institutsdirektoren wie Ludwig Prandtl und Richard Kuhn, waren zum einen Albert Vögler, der von Anbeginn ein sehr enges Verhältnis zu den Spitzen des NS-Regimes entwickelte und bereits seit 1933 zur Grauen Eminenz der KWG wurde – wesentlich einflussreicher als Max Planck, aber auch als Gustav Krupp, Hermann Röchling oder Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, der seit Anfang der 1920er Jahre mit Hitler bekannt war und ab 1931 den *Nationalen Klub* sowie die *Gesellschaft zum Studium des Faschismus* leitete. Vor allem Vögler war es zu verdanken, dass die KWG 1933/1934 nicht ins Abseits geriet.¹⁶ Die zweite, neben Vögler, entscheidende Ausnahme war Ernst Telschow. Telschow stieg schon vor seiner Ernennung zum KWG-Generalsekretär auf – als er im Juli 1936 auf Wunsch der IG Farbenindustrie via Richard Kuhn zum Forschungskordinator innerhalb des Rohstoff- und Devisenstabes, dem späteren *Reichsamt für Wirtschaftsausbau*, ernannt wurde und ihm damit eine für die reichsdeutsche Wissenschaftspolitik zentrale Stellung zufiel.

Die Rolle Telschows, seine herausragende Bedeutung für den Aufstieg der KWG in das Zentrum des wissenschaftlich-militärisch-industriellen Komplexes des »Dritten Reiches« ist an anderer Stelle ausführlich dargestellt worden. Im Gegensatz zu Glum konnte Telschow die Generalverwaltung der KWG mit allen wissenschaftspolitisch wichtigen Institutionen und Funktionsträgern des NS-Regimes vernetzen und somit außerordentlich effizient Ressourcen für die Institute der KWG mobilisieren. Während Glum als DNVP-Mitglied den Nazis suspekt war und nie in die NSDAP eintrat, tat Telschow genau dies; er wurde im Mai 1933 klammheimlich Parteimitglied. Im Unterschied zum publikationswütigen und redefreudigen Glum hielt sich Telschow mit öffentlichen allgemein-politischen Äußerungen, die nicht zum Aufgabenfeld des KWG-Generalsekretärs gehörten, zurück. Als Intellektueller hat sich Telschow nie positioniert. Er war sich des Tatbestandes bewusst, dass die Nazis auf der einen Seite anti-intellektualistisch waren, auf der anderen Seite gute Organisatoren brauchten und die kriegsrelevanten Wissenschaften fördern wollten – und handelte dementsprechend. Telschow war mehr als Glum ein Opportunist. Zudem konnte er seine kleinbürgerliche Sozialisation nicht verleugnen; sein Vater war Konditor, Telschow selbst der erste Akademiker in der Familie. Dies erleichterte ihm den Zugang zu den meisten zentralen wissenschaftspolitischen Funktionsträgern des NS-Regimes; denn auch jene waren eher kleinbürgerlich-mittelständisch sozialisiert als großbürgerlich.

Auf einer abstrakten Ebene knüpfte Telschow andererseits an die Traditionen Glums an: Er baute ein immer engeres Netzwerk zu den Wirtschaftseliten sowie den neuen braunen Eliten auf. So gehörte er, in zum Teil führender Funktion, dem *Aero-Club von Deutschland*, der zentralen Lobbyisten-Vereinigung des Göring-Imperiums, der *Lilienthal-Gesellschaft*, der *Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschlands* (kurz Deutsche Akademie), der *Deutsch-slowakischen Gesellschaft*

16 Zu Vögler und seiner ab 1933 wissenschaftspolitisch zentralen Rolle Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bde. 1 und 2.

und anderen vereinsförmigen Netzwerken des Regimes an. Darüber hinaus und unabhängig davon baute er enge Beziehungen zu entscheidenden politischen Funktionsträgern der Diktatur wie Heinrich Himmler, Herbert Backe, Julius Streicher, Joseph Goebbels, Arthur Greiser, Friedrich Hildebrandt oder Albert Speer auf. Mit Rudolf Mentzel, Carl Krauch oder Walter Schumann verband ihn eine Duz-Freundschaft,¹⁷ die bei Mentzel und Krauch auch nach 1945 hielt. Telschow war sich bewusst, dass die Geschicke der KWG und mithin die Politik der Generalverwaltung nach 1933 noch stärker als vor der NS-Machtübernahme von Personen und persönlichen Beziehungen bestimmt wurden, und dass Politik eher auf informellem Wege gemacht wurde.

Darüber hinaus war Telschow skrupellos. Er hatte keinerlei moralische Bedenken, sich die Vorteile, die sich der KWG unter der NS-Herrschaft boten, auch unmittelbar zunutze zu machen. Deutlich wird dies an der Form der Expansion der KWG, die seit 1938/1939 vor folgendem Hintergrund ablief: Berücksichtigt man die Äusserungen maßgeblicher Funktionsträger der NS-Wissenschaftspolitik seit Kriegsbeginn, sollte die »großeuropäische« und schließlich weltweite wissenschaftliche Hegemonie des »Dritten Reiches« nicht mehr allein aufgrund bahnbrechender Entdeckungen sichergestellt, sondern darüber hinaus durch die politisch-militärische Dominanz der NS-Diktatur auf dem europäischen Kontinent konserviert und ausgebaut werden. Die dahinter stehende Idee war vergleichsweise simpel, eine einfache Form wissenschaftsimperialistischer Dialektik: Militär und politische Repressionsorgane sollten die wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Dominanz Deutschlands in den NS-beherrschten Ländern absichern. Die – um die okkupierten Forschungsressourcen parasitär erweiterten – deutschen Wissenschaften wiederum sollten den militärtechnologischen Vorsprung der Wehrmacht und die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft garantieren. Dieses Konzept zielte sowohl auf die räuberische Ausbeutung der wissenschaftlichen Ressourcen der beherrschten Länder (vor allen in Osteuropa) als auch auf eine Art quasi-kolonialistisches Mäzenatentum, das die KWG und andere reichsdeutsche Forschungseinrichtungen in den von der NS-Diktatur »befreundeten«, d.h. abhängigen Staaten ausüben sollte.¹⁸

Vor dem Hintergrund dieses wissenschaftsimperialistischen Konzeptes begann sich die KWG seit 1938 nach einer Art Metropole-Peripherie-Modell organisatorisch neu zu formieren. Die »allgemeine Grundlagenforschung« sollte in Berlin-Dahlem sowie anderen Standorten des Altreichs, dem Kern des geplanten nationalsozialistischen Europas, verbleiben. 1938 traten Wien und Prag als weitere künftige Wissenschaftsmetropolen hinzu. In der europäischen »Peripherie« sollten lediglich regionalbezogene Forschungseinrichtungen angesiedelt werden, in erster Linie agrarwissenschaftliche und biologische Institute, die die wissenschaftliche Grundlage für die ökonomische Ausnutzung (Nahrungs- und Futtermittel, Ersatzstoffe) der jeweils landestypischen Fauna und Flora legen oder sich, gleichfalls unter dem Gesichts-

17 Im einzelnen Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, S. 711-719.

18 Hierzu und zum folgenden Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, S. 963-995.

punkt ökonomisch optimaler Verwertung, regional spezifischen geologischen Problemen widmen sollten (z.B. Kohle- und Silikatforschung). Dieses Konzept ließ sich problemlos mit den wirtschaftsimperialistischen Prämissen des NS-Regimes verzahnen, die »Großdeutschland« und angrenzende Regionen als den hochindustriellen Kern des künftigen nationalsozialistischen Europas vorsahen und vor allem Ost- sowie Südosteuropa den Status von Agrarkolonien zuwiesen.

Diesem Metropole-Peripherie-Modell korrespondierten drei Grundformen der institutionellen Expansion der KWG, die sich zudem am vom NS-Regime vorgegebenen Konzept des »rassischen Raumes« orientierten. Den ersten Typus nenne ich »einernehmliche Expansion«, weil diese Variante der organisatorischen Ausdehnung auf der gleichberechtigten Kooperation mit den Wissenschaftlern und ihren Instituten basierte, die die Generalverwaltung – oder auch einzelne Institutsdirektoren – in den Forschungsverbund der KWG einzubinden gedachten. Praktiziert wurde diese Variante der »freundlichen Übernahme« vor allem in Österreich seit Mitte 1938, geplant außerdem im Elsaß, im »Sudetenland« sowie zum Teil im »Protektorat Böhmen und Mähren«. Der zweite Typus organisatorischer Ausdehnung war die »entwicklungspolitische Expansion«. Auch er setzte auf Einvernehmen, ging jedoch zugleich von einem wissenschaftlichen Rückstand der betreffenden Länder aus und war gleichbedeutend mit forschungspolitischer Entwicklungshilfe. Geographisch richtete sich diese Variante der Expansion auf die mit der NS-Diktatur verbündeten Staaten vor allem Südosteuropas; zeitlich begann sie ungefähr im Frühjahr 1939, und zwar in Bulgarien und Griechenland. Nachweislich geplant war sie außerdem in der Slowakei und in Ungarn. Die dritte Variante schließlich bezeichne ich als »aggressive Expansion«. Sie behandelte Wissenschaftler wie Forschungseinrichtungen als Ressourcen, über die man frei verfügen konnte (ohne Interessen und Wünsche der betroffenen Forscher zu berücksichtigen). Sie begann im September 1939 und schob sich mit dem Überfall auf die Sowjetunion zunehmend in den Vordergrund, ohne die beiden anderen Varianten gänzlich zu verdrängen. Die KWG war nicht die einzige Forschungseinrichtung, die derart auf den Spuren der Wehrmacht wandelte; aber sie beteiligte sich führend an der wissenschaftlichen Ausplünderung vor allem von materiellen und personellen Ressourcen in den osteuropäischen Ländern.¹⁹ Die Initiativen zu den hier nur angedeuteten Varianten institutioneller Expansion und der illegitimen Aneignung wissenschaftlicher Ressourcen mögen im Einzelfall von den Instituten und ihren Direktoren ausgegangen sein. Gebündelt und federführend koordiniert wurden sie von der Generalverwaltung der KWG unter Ernst Telschow.

19 Vgl. (mit Beispielen und Nachweisen) Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, S. 979–990; Susanne Heim, *Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945*, Göttingen 2004, S. 45–49, 89 ff., 227 ff., 232 ff.; Heiko Stoff, »Eine zentrale Arbeitsstätte mit nationalen Zielen«. Wilhelm Eitel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Silikatforschung, 1926–1945, in: Maier (Hg.), *Gemeinschaftsforschung*, S. 503–560, hier S. 551 ff.; Florian Schmalz, *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie*, Göttingen 2005, S. 178–187.

In der KWG war neben der biologisch-medizinischen auch die natur-, agrar- und technikwissenschaftliche Spitzenforschung des Deutschen Reiches konzentriert. Die in den Kaiser-Wilhelm-Instituten dieser Wissenschaftsrichtungen betriebenen Forschungsprojekte waren in vielerlei Hinsicht höchst kriegsrelevant.²⁰ Dies erklärt nicht nur den privilegierten Zugriff der KWG auf Ressourcen generell – der sich übrigens nicht nur an der Etatentwicklung zeigt, sondern auch daran, dass die meisten Kaiser-Wilhelm-Institute seit 1939 zu den kriegswichtigen Betrieben höchster Kategorie zählten, dass deren Mitarbeiter privilegiert u.k.-gestellt wurden,²¹ und dass es bis in die letzten Kriegsmonate regelmäßig gelang, Ressourcen zu mobilisieren, auf die andere keinen Zugriff mehr hatten.

Weite Bereiche der natur-, agrar- und technikwissenschaftlichen Forschung wurden während der NS-Zeit unter dem Primat der Rüstung und dann der Kriegsführung gefördert, während man demgegenüber die »klassischen« Geisteswissenschaften als ökonomisch irrelevanten und kriegsunwichtigen Luxus vernachlässigte. Die biologisch-medizinischen Disziplinen standen mehr oder weniger »dazwischen«. Isoliert man die Etatentwicklung der *Kaiser-Wilhelm-Institute* nach Wissenschaftssektionen, lassen sich ähnliche Bewegungen, wie sie hier für die Gesamtheit der Wissenschaften konstatiert wurden, auch innerhalb der KWG ausmachen: Die Einnahmen der natur- und technikwissenschaftlichen Institute wuchsen ebenso wie die der agrarwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der KWG in weit überdurchschnittlichem Maße, während die der biologisch-medizinischen Institute tendenziell stagnierten und die der geistes- sowie rechtswissenschaftlichen Institute – mit freilich symptomatischen Ausnahmen – zeitweilig sogar erheblich schrumpften. Konkret wuchsen die Etats der wichtigsten biologischen und medizinischen Institute zwischen 1933 und 1939 um 17 Prozent. Die Etats der wichtigsten natur- und technikwissenschaftlichen *Kaiser-Wilhelm-Institute* hatten sich mit einem Zuwachs von 98 Prozent dagegen fast verdoppelt. Die Einnahmen der geistes-, kultur- und rechtswissenschaftlichen Institute wiederum stagnierten weitgehend, sie wuchsen zwischen 1933 und 1939 nur um 0,9 Prozent. Bezieht man den Zweiten Weltkrieg mit ein und betrachtet das Wachstum der einzelnen Instituts-Etats von 1933 bis 1944, werden die Differenzen noch deutlicher: Das Wachstum der Etats der wichtigsten biologischen und medizinischen Kaiser-Wilhelm-Institute lag bei 13 Prozent; gegenüber 1939 hatte sich die Wachstumsrate sogar vermindert. Die Etats der wichtigsten natur- und technikwissenschaftlichen Institute stiegen bis 1944 demgegenüber um mehr als das Doppelte; sie erhöhten sich um 125 Prozent. Wenn schließlich das Wachstum der Etats der geistes-, rechts- und kulturwissenschaftlichen *Kaiser-Wilhelm-Institute* zwischen 1933 und 1944 mit 16 Prozent etwas über dem Anstieg der biologisch-medizinischen Forschungseinrichtungen der KWG lag, dann

20 Eine – unvollständige – Auflistung der kriegsrelevanten Projekte der KWG findet sich in Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, S. 822-828.

21 1933 hatte die KWG 29 Institute und etwa tausend Mitarbeiter; 1943 zählte sie 42 Institute und knapp zweitausend Mitarbeiter, vgl. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, S. 1247-1250, (Tab. 1.1).

war dies auch Sonderentwicklungen geschuldet, u.a. dem Ausbau des römischen *KWI für Kulturwissenschaft* zu einer De-Facto-Propagandaeinrichtung des NS-Regimes.²²

Der insgesamt exorbitante »Erfolg« der KWG zwischen 1937 und 1944 ist entscheidend auf eine technokratische Anpassungsfähigkeit der KWG-Generalverwaltung zurückzuführen, die mit pragmatischer Skrupellosigkeit gepaart war. Auf sie soll zum Schluss das Schlaglicht gesetzt werden, indem scheinbar periphere Bemerkungen in einem der vielen Briefwechsel, die Telschow führte, etwas genauer betrachtet werden.

Ende Dezember 1937 wandte sich Ludwig Prandtl, der Direktor des *KWI für Strömungsforschung* und der *Aerodynamischen Versuchsanstalt*, an die Generalverwaltung mit der Bitte, beim Reichsminister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung in der Angelegenheit eines früheren Abteilungsleiters der von ihm geleiteten Institute zu intervenieren; dieser war wegen seiner, nach der rassistischen Gesetzgebung des NS-Regimes, »jüdischen« Frau als ordentlicher Professor für Mechanik in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden. Telschow nun beschied den Wunsch Prandtls, dem ehemals führenden Angestellten der KWG zu helfen, abschlägig; dies könne für den gesamten Forschungsverbund von Nachteil sein. Auf den Konflikt selbst ist hier nicht einzugehen. Von besonderem Interesse ist die Wortwahl, mit der Telschow es ablehnte, beim Reichserziehungsminister zu intervenieren: Ein Einspruch sei angesichts der, so Telschow wörtlich, »Sachlage« »vollkommen aussichtslos«.²³ Die von Telschow benutzte Sprache, vor allem der von ihm verwendete Begriff »Sachlage« ist erhellend. Mit dieser Formulierung nämlich deutete Telschow an, was seinem Handeln und dem der Generalverwaltung auch sonst zugrunde lag: Auf das Schicksal einer diskriminierten Minderheit – so der Tenor – könne und wolle man dabei keine Rücksicht nehmen, wenn die Interessen der KWG und ihrer Institute als »das große Ganze« tangiert und möglicherweise gefährdet würden. Argumentativ wurden die politisch-ideologischen Ziele des Regimes in technokratischer Manier entideologisiert, Ziele und Handeln des NS-Regimes in Teilschritte zergliedert und

22 Rüdiger Hachtmann, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945. Politik und Selbstverständnis einer Großforschungseinrichtung, in: VfZ 56 (2008), S. 19-52, hier S. 31 f. (Tab. 2). Der Etat des *KWI für Kulturwissenschaft* verdreifachte sich zwischen 1939 und 1944 fast (Anstieg um 173,3 %). Zur Entwicklung des aus der Bibliotheca Hertziana hervorgegangenen *KWI für Kulturwissenschaften* und seiner Funktionalisierung zu einem Institut, das propagandistisch in Italien wirkte, vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, Bd. 1, S. 548-556.

23 Telschow an Prandtl, 14.6.1938, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 531/3, Bl. 43 und 45. Bei dem ehemaligen Abteilungsleiter des *KWI für Strömungsforschung* und der *Aerodynamischen Versuchsanstalt* handelte es sich um Otto Flachsbarth (1898-1957). Flachsbarth war von 1925 bis 1931 Abteilungsleiter in den beiden, von Prandtl geleiteten Forschungseinrichtungen gewesen und 1931 als Professor für Mechanik an die TH Hannover berufen worden. Nach seiner Entlassung von der TH Hannover 1937 wegen »jüdischer Versippung« kam Flachsbarth in der Forschungsabteilung der Gutehoffnungshütte in Oberhausen unter; er und seine Frau scheinen bis 1945 schärferen Repressalien nicht ausgesetzt gewesen zu sein. Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes lehrte er erneut an der TH Hannover.

jeder einzelne Teilschritt zur »Sachlage« oder »Sachfrage« stilisiert. Diese Wortwahl war kein Zufall, eine scheinbar unideologische Politik des Sächzwanges kennzeichnete alle Aspekte der Politik der Generalverwaltung der KWG während des »Dritten Reiches«.

Der vordergründig unideologische Grundton der KWG-Politik, der realpolitische Duktus im Handeln der zentralen Akteure auf Seiten der Generalverwaltung erleichterte nach 1945 die Exkulpation der KWG und ihrer führenden Repräsentanten erheblich. Man habe nicht anders handeln können und sei zum Getriebenen geworden, so die Suggestion. Die pragmatische Skrupellosigkeit der KWG unter Vögler und Telschow bis 1945 mündete in eine skrupellose Vergangenheitsbearbeitung und oftmals dummdreiste Exkulpation der KWG nach 1945.²⁴ Sich darüber bloß moralisch zu empören, bleibt folgenlos. Aus der Kritik an einem solchen Verhalten sind auch politische Konsequenzen ziehen. Wissenschaft und noch weit stärker das den Institutionen der Herrschenden ja viel nähere *Wissenschaftsmanagement* besitzen keine immanenten Mechanismen, die sie gegen barbarische Anfechtungen wie die von 1933 bis 1945 immunisieren. Sie sind gegen die Indienstnahme durch autoritäre Regime oder auch durch staatliche Administrationen, für die »Demokratie« nur eine herrschaftsstrategische Phrase ist, grundsätzlich nicht gefeit. Es braucht für demokratische oder wenigstens nicht-barbarische Wissenschaften eine in ihrer Substanz demokratische Gesellschaft, die die Entwicklungen in den Wissenschaften kontrolliert, d.h. zunächst einmal sorgsam beobachtet und dann interveniert, wenn Forschung erneuten Kriegen und größeren oder kleineren Verbrechen zuarbeitet. Das allerdings ist leichter gesagt als getan.

²⁴ Vgl. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, S. 1156-1191 (und die dort angeführte neuere Forschung); sowie ders., *Wie die deutsche Wissenschaftselite ihre Vergangenheit bearbeitete*, in: Eckart Spoo (Hg.), *Tabus der bundesdeutschen Geschichte*, Hannover 2006, S. 73-83.